



Antrag

der Fraktion der SPD

HSH Nordbank – Rechte der Beschäftigten wahren – Standort Kiel stärken – Parla-mentsentscheidung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, der im Staatsvertrag vom 4. Februar 2003 vereinbarten Gleichrangigkeit der Standorte Kiel und Hamburg hohe Priorität einzuräumen und diese Forderung umgehend in den Aufsichtsrat und seine Gremien einzubringen. An beiden Standorten soll ein Höchstmaß an Kompetenz und Qualität erhalten bleiben.
 - Der in der Vergangenheit überproportionale Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen am Standort Kiel muss im Zuge der Umstrukturierung ausgeglichen werden.
 - Der vom Vorstandsvorsitzenden Lerbinger im Interview in der WELT vom 27. August 2011 angekündigte Umstrukturierungsprozess soll dazu genutzt werden, Parität zwischen den Standorten herzustellen, das betrifft die Anzahl der Arbeitsplätze, die Qualifikationsprofile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Bedeutung der an den jeweiligen Standorten vertretenen Unternehmensbereiche.
2. Über eine Erhöhung des Stammkapitals aus Landesmitteln entscheidet das Parlament. Der Verfahrensablauf soll inhaltlich und zeitlich so ausgestaltet werden, dass diesem parlamentarischen Entscheidungsprozess ausreichend Rechnung getragen wird.

Begründung:

Der Staatsvertrag zur Fusionierung der ehemaligen Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein sah eine Gleichbehandlung der beiden Standorte vor:

"Die Gleichberechtigung der beiden vereinigten Banken, die als eine Aktiengesellschaft weiter bestehen, findet in einem Doppelsitz in Kiel und Hamburg und einer auf Dauer angelegten ausgewogenen Verteilung der Kompetenzen mit qualifizierten Dauerarbeitsplätzen unter Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern an den beiden Firmensitzen ihren Ausdruck. Die Geschäfte werden gleichwertig an beiden Standorten geleitet." (GVOBl. 2003, 206)

In der Begründung des Gesetzentwurfs wurde damals ausgeführt:

"Die Arbeitsmarktsituation soll an beiden Standorten erhalten bleiben, und zwar auch dann, wenn die angestrebten Synergieeffekte unumgängliche Veränderungen mit sich bringen." (Drs. 15/2448)

Auch Minister de Jager hat in der Landtagssitzung am 26. August 2011 die Gleichrangigkeit der Standorte Kiel und Hamburg postuliert. Nun sollten dem auch Taten folgen.

Dr. Ralf Stegner
und Fraktion